

# AZV will Informationsfluss verbessern

**KONTROLLE** Die Verbandsräte des Abwasserzweckverbandes Pfattertal sind nun alle auch für das Kommunalunternehmen VBA zuständig.

VON STEFAN SCHWARZ, MZ

**MINTRACHING.** Wurden die Schlagzeilen über den Abwasserzweckverband Pfattertal (AZV) in der Vergangenheit zumeist durch den hohen Schuldenstand bestimmt, so bemüht sich die gesamte Verwaltung seit einiger Zeit „die schwierige Lage“ aufzuarbeiten und das Unternehmen kontinuierlich auf solide Beine zu stellen.

Als Entscheidungsgremium besitzt die für das Unternehmen richtungsweisende VBA (Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des AZV) dafür einen sogenannten Verwaltungsrat, der durch die 17 von den Gemeinden entsandten Vertreter im Verbandsrat des AZV kontrolliert wird.

Wie der Vorsitzende des AZV, Hubert Achhammer, auf der Versammlung in Mintraching erläuterte, bestand der Verwaltungsrat früher aus

den fünf Bürgermeistern der Teilnehmergemeinden, sowie dem Vorsitzenden des Unternehmens. Mittlerweile habe man in einem ersten Schritt „den kleinen schlagkräftigen Kreis“ um weitere vier Verbandsräte aufgestockt, um einen besseren Informationsfluss zu erreichen. Nun sei es seiner Meinung nach sehr sinnvoll, das Informationsdefizit ganz zu beseitigen und alle 17 Verbandsräte in den Verwaltungsrat aufzunehmen. „Ich habe mit der Rechtsaufsicht telefoniert und es wäre rechtlich möglich. Aber ich möchte niemanden zwingen, weil dies auf freiwilliger Basis geschehen soll“, betonte Achhammer.

## Hohes Maß an Verantwortung

Sogleich meldete sich Bürgermeister Alfons Kiendl aus Thalmassing zu Wort. Er bedauerte, dass eine Beteiligung aller nicht schon früher möglich gewesen sei, und bat alle Anwesenden, diesen Schritt zu ermöglichen. Richard Balk ergänzte, dass jeder Verbandsrat sowieso ein hohes Maß an Verantwortung zu tragen habe. Weiterhin könne man sich auf diese Weise Sitzungen sparen, die nur zur Information einiger weniger dienten.

Während Bürgermeister Helmuth Stiegler aus Alteglofsheim diese Sit-

zungseinsparungen aus „Gründen der Berichterstattung gegenüber der Öffentlichkeit“ nicht gegeben sah, ließ sich Johann Dorfner über etwaige Bestimmungen bei einer „Lösung in Personalunion“ informieren. Hubert Achhammer entgegnete ihm, dass der Verantwortungsbereich damit größer sei.

Auch Wolfgang Jobst hatte Bedenken: Er stellte die Frage „Wer prüft wen?“ in den Raum, da es für ihn nicht logisch sei, wenn sich ein und dieselben Leute in ihrer Arbeit prüfen müssten.

Das Einvernehmen aller Verbandsräte fand der Vorschlag, dass man in Zukunft nur noch von einer Gemeinde delegiert werden sollte, wenn man bereit sei, beide Ämter in Doppelfunktion auszuüben. Vor der abschließenden Abstimmung betonte Richard Balk dennoch, es wäre gerade in „dieser schwierigen Lage wichtig, ein Sig-

nal nach außen zu setzen, dass wirklich jeder mithilft“. Schließlich stimmten 16 der 17 Verbandsräte für eine Erweiterung des Verwaltungsrats.

## Vertreterregelung ungeklärt

Im Anschluss kam dennoch ein Problem auf: Bisher hatte jeder Verbandsrat einen Vertreter benannt, der bei Sitzungen notfalls einspringt. Da diese Vertreterregelung für eine Lösung in Personalunion noch nicht geklärt sei und er sich auch bei der Rechtsaufsicht über die Zulässigkeit informieren lassen wolle, könne er „nicht so ohne Bauchschmerzen“ jetzt eine Entscheidung treffen, kommentierte der AZV-Vorsitzende Hubert Achhammer die Forderungen nach einer sofortigen Beschlussfassung. Daher verständigte man sich darauf, über die anstehende Satzungsänderung bei der nächsten Sitzung abzustimmen.

## ZAHLEN UND FAKTEN

► **Jahresrechnung 2009:** Die Rechnungsprüfung hat sie vollständig überprüft. Es gab keine Beanstandungen, lediglich ein paar Anmerkungen wurden ergänzt. Nach einem letzten Überblick über den Gesamthaushalt wurde der Vorstand einstimmig entlastet.

► **Haushalt 2011:** Die Planungen für den Haushalt des aktuellen Geschäftsjahres sehen Einnahmen und Ausgaben in Höhe von rund 1,42 Millionen Euro vor. Im Vergleich zum vergangenen Jahr wäre dies eine Volumenminderung von rund 330 000 Euro. (lsc)